



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Von Amazon bis Lufthansa: gleiche Angriffe, gleiche Interessen

Wieder einmal haben in den letzten Wochen fast 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Amazon mehrere Tage für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt.

Jeder weiß, wie viel Mut sie dafür aufbringen müssen in einem Betrieb, wo die Überwachung allgegenwärtig ist. Wo Leiharbeit, Befristungen und ständige Kontrollen alle Arbeiter unter Druck setzen sollen. Wo ständig die Angst um den Arbeitsplatz geschürt wird. Und trotzdem haben sich erneut an die 2000 Arbeiter zusammengefunden, um sich zu wehren.

Die Arbeiter bei Amazon verdienen nicht nur unseren Respekt. Was sie erleben, betrifft

auch uns – egal, ob wir in einer ähnlichen Lage sind oder nicht. Denn egal in welchem Betrieb man arbeitet, egal wie „qualifiziert“ man ist oder wie sicher der Beruf scheint: Kein Arbeitender bleibt von den Verschlechterungen der Unternehmen verschont.

Man kann jahrelang als Facharbeiter bei einem Konzern arbeiten, der 8 Milliarden Euro Rekordgewinn macht, wie die Arbeiter von Daimler in Düsseldorf – und dann trotzdem erfahren, dass der Konzern tausend oder zweitausend von ihnen entlassen will. Man kann studiert haben, und trotzdem als Betriebswirt bei Karstadt oder als Ingenieur bei Opel seine Arbeit verlieren.

Man kann sogar Pilot der Lufthansa sein, ein hochbezahlter und scheinbar sicherer Job – und sich heute trotzdem wehren müssen, weil ein Teil ebener Arbeitsplätze in Subfirmen ausgelagert werden soll, mit schlechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen, und alle Piloten 3 Jahre länger arbeiten sollen.

Sicher, zwischen den Piloten der Lufthansa und den Arbeitern bei Amazon liegt ein Abgrund. Während die einen bis zu 10.000 Euro verdienen, kommen die anderen bei gnadenloser Ausbeutung auf höchstens 1.500 Euro.



Es sind die beiden Extreme der Arbeitswelt. Doch beide gehören zur arbeitenden Klasse. Denn beide sind lohnabhängig und damit abhängig von den Kapitalisten und ihren Entscheidungen. Abhängig von deren Macht, über ihre Arbeitsplätze und Löhne und damit über ihr Leben zu bestimmen.

Heute in der weltweiten Krise ist kein Lohnabhängiger geschützt. Gerade mit der Krise steigen Gier und Skrupellosigkeit der Kapitalisten, die auf jeden Fall ihre Profite sichern wollen. Und deshalb versuchen sie, alles rückgängig zu machen, was sie den Arbeitenden irgendwann mal zugestanden haben – auch bei den Berufsgruppen, die sich bislang in Sicherheit glaubten.

Keine Berufsgruppe, keine Belegschaft, niemand kann heute hoffen, alleine der Abwärtsspirale zu entgehen. Wir haben nur eine Chance, wenn wir uns ihr gemeinsam entgegenstellen.

Auch deshalb kann es keinem egal sein, was in den anderen Abteilungen, Betrieben und Branchen passiert. Denn jedes Mal, wenn es einem Kapitalisten gelingt, widerstandslos Verschlechterungen durchzusetzen, dann ist dies eine Ermunterung für alle anderen Bosse, ebenfalls anzugreifen. Und umgekehrt: Jede Gruppe von Arbeitenden, die sich dagegen wehrt, wehrt sich damit ein Stück weit auch für uns alle.

Wir Arbeitenden sitzen alle im gleichen Boot. Wir sind Teil einer sozialen Klasse, mit gleichem Schicksal und einem gemeinsamen Gegner.

Die gesamte arbeitende Klasse hat letztlich dieselben grundlegenden Interessen: Wir

alle brauchen einen Arbeitsplatz mit würdigen Arbeitsbedingungen und der Sicherheit, dass die Betriebe uns nicht einfach entlassen dürfen. Und wir alle brauchen Löhne und Renten, von denen wir vernünftig leben können.

Heute machen die Kapitalisten, ihre Politiker und Journalisten alles, damit wir genau das vergessen. Sie versuchen uns das Gefühl zu geben, dass jeder von uns mit seinen Interessen alleine und sogar in Konkurrenz zu den anderen Arbeitenden steht. Wir sollen uns in jedem Betrieb, in jeder Berufsgruppe, in jeder Familie mit unseren Problemen alleine und dadurch schwach fühlen.

Doch wenn sie dies mit so viel Eifer versuchen, dann weil sie Angst vor uns haben. Weil sie nämlich wissen: Wenn wir Arbeitenden unsere gemeinsamen Interessen wieder erkennen und anfangen, uns zusammen zu wehren, sind wir viel zahlreicher und mächtiger als die Handvoll Herrschenden, die heute so arrogant über unser Leben regieren.

Flüchtlingsheime in NRW: Terror und Barbarei gibt es nicht nur in der Ferne

Es sind Bilder, die an Guantanamo erinnern, aber aus Flüchtlingsheimen in Essen und Siegen stammen: Flüchtlinge liegen gefesselt am Boden, werden von sadistischen Sicherheitsleuten getreten, geschlagen, werden gezwungen, sich auf eine Matratze voll Erbrochenem zu legen.

Es sind Menschen, die gerade erst Monate einer erbarmungslosen Flucht aus Kriegsgebieten wie Syrien, Irak oder Afghanistan hinter sich haben. Alle haben Angehörige, die bei der Flucht ums Leben gekommen sind. Sie dachten, nun endlich seien Terror, Diktatur und Barbarei vorbei. Stattdessen finden sie sich in Deutschland in einer Art Gefängnis wieder, bewaffneten Männern ausgeliefert, die als „Sicherheitsdienst“ ganz offiziell das Sagen haben und von denen einige die Wehrlosigkeit der Flüchtlinge ausnutzen, um sie zu erniedrigen, zu bedrohen und zu misshandeln.

Ja, Barbarei gibt es nicht nur bei fundamentalistischen Terrorbanden. Es gibt sie auch bei den westlichen Staaten – ob als Besatzungsmächte wie die Soldaten im Irak, oder auch hier, vor unserer Haustür. Sie existiert mitten in Essener Innenstadt, mitten in einem Dorf im Siegerland, in der Straße nebenan – und oft ohne dass man es mitbekommt.

In den Flüchtlingsheimen macht ein ganzes System sie möglich: Es beginnt bei der Landesregierung, die die Flüchtlinge in die wenigen, überfüllten Heime mit bis zu 8 Betten pro Zimmer stopft. Und die dann das „Problem“ loswerden will, indem sie privaten Firmen 1.000 Euro pro Flüchtling zahlt, um sich „um die Flüchtlinge zu kümmern“.

Es geht weiter bei diesen Privatfirmen, die möglichst viel der 1.000 Euro für sich behalten wollen, und deshalb an allem sparen: Sie geben schlechtes und zu wenig Essen und kaum Kleidung aus, stellen keine Sozialarbeiter ein, verweigern Hilfsorganisationen den Zutritt zu den Heimen – damit ja keiner sieht, was drinnen vorgeht. Stattdessen aber heuern sie billige Sicherheitsdienste an, die „für Ruhe und Ordnung“ sorgen.

Und das System reicht bis zu den Sicherheitsdiensten, die für diesen Job Leute einstellen, die bereits mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft sind. Obwohl klar ist, dass ein Teil dieser Kriminellen ihre Macht ausnutzt, wenn man ihnen wehrlose Flüchtlingsfamilien hinter verschlossenen Türen „zur Bewachung“ ausliefert.



Ein Wachmann in Siegerpose, mit dem Stiefel auf dem Kopf eines gefesselten Flüchtlings

Heute, wo die schockierenden Bilder über die Misshandlungen an die Öffentlichkeit gelangt sind, gibt sich die NRW-Landesregierung bestürzt und beteuert, alles würde anders.

Doch ihre einzige Maßnahme sind ganze 10 (!) Kontrolleure, die künftig alle Heime in NRW besuchen und Sicherheitsleute auf Vorstrafen überprüfen sollen. Das war's. Ansonsten bleibt alles beim Alten.

Die Flüchtlingsheime werden weiter privaten Firmen und privaten Sicherheitsdiensten ausgeliefert, die sich ganz alleine um die Flüchtlinge „kümmern“ dürfen. Und Regierungspolitiker und Journalisten schüren weiter eine Stimmung von Ablehnung und Angst gegenüber den Flüchtlingen: Ständig malen sie Schreckensbilder von der angeblichen „Flut an Flüchtlingen“ und den „riesigen Kosten“, die die öffentlichen Kassen überfordern wür-

den. Auch damit tragen sie dazu bei, dass Schlägerbanden, ob Rechtsradikale oder einfach nur Kriminelle, sich berechtigt und stark genug fühlen, Flüchtlinge zu bedrohen, zu erpressen und zu drangsalieren. Die Grausamkeiten werden also weitergehen – und vielleicht schlimmer werden.

Dabei könnte es so einfach sein. Denn in Deutschland gibt es heute keinen „Flüchtlingsstrom“, anders als in Ländern wie der Türkei, wo tatsächlich in wenigen Tagen 170.000 Flüchtende über die Grenze strömten. Es geht um wenige tausend Flüchtlinge in einer Großstadt wie Essen. Wer will erzählen, dass es nicht möglich sei, für diese würdige Erstunterkünfte zu schaffen und sie vor allem schnell in Wohnungen statt in Heimen unterzubringen?

Stattdessen jammern sie und tun so, als würden die Städte angeblich jetzt schon unter den Ausgaben für die Flüchtlinge zusammenbrechen. Welch eine Lüge! Die Stadt Essen gibt heute für Flüchtlinge nicht mehr Geld aus als sie bezahlt, um die jährlichen Verluste eines einzigen Unternehmens, der Messe Essen GmbH auszugleichen – von deren Umbau ganz zu schweigen.

Und selbst wenn in ganz Deutschland alle Ausgaben für Flüchtlinge verdoppelt würden, wäre dies immer noch weniger Geld, als Finanzminister Schäuble mit seiner neusten Steuersenkung gerade den großen Firmen schenken will!

Doch es ist wie überall: Die Unternehmer, die Reichen, die Banken bekommen Milliarden öffentlicher Gelder hinterhergeschmissen. Für die Opfer ihrer Gesellschaft hingegen – Niedriglöhner, Arbeitslose, Alleinerziehende, ärmere Rentner, Flüchtlinge – ist jeder Cent zu viel.

Je schwächer und hilfloser eine Gruppe ist, desto schlimmer treffen sie die Folgen dieser Sparpolitik. Und gerade die Schwächsten versuchen die Herrschenden außerdem noch, für die leeren Kassen verantwortlich zu machen. Gerade die Flüchtlinge, die nur mit ihrem Hemd am Leib in ein fremdes Land kommen, fallen ihnen daher zum Opfer.

Daimler Düsseldorf: „Es gibt nichts zu erklären!“

Aufträge ohne Ende, 8 Milliarden Euro Gewinn – aber die Nachtschicht abschaffen und bis zu 1.800 Arbeitsplätze vernichten?

Als der Daimler-Manager das am 19. September den Arbeitern von Daimler Düsseldorf auf einer Belegschaftsversammlung „erklären“ wollte, standen fast alle 3.000 anwesenden Arbeiter auf und drehten ihm geschlossen den Rücken zu. Minutenlang buhten und piffen sie, mit der klaren Botschaft: „Es gibt nichts zu erklären.“

Wenn Daimler einen Teil der Düsseldorf Autos in Zukunft in den USA produzieren lassen will, weil sie sich davon noch mehr Gewinn erhoffen, dann soll Daimler auch dafür sorgen, dass dafür andere Autos in Düsseldorf produziert werden. Denn Daimler hat genug Möglichkeiten, die Produktion so aufzuteilen, dass alle Standorte Arbeit haben und alle Arbeitsplätze und

Löhne erhalten bleiben. Es gibt keine Rechtfertigung, dass auch nur ein Kollege zum Arbeitsamt muss oder Lohn verliert.

ber streikten 3000 Arbeiter auf allen drei Schichten den gesamten Tag, um gegen den Stellenabbau zu protestieren.



Es ist zu hoffen, dass diese Proteste erst der Anfang sind. Denn ohne Kampf wird ihnen der Daimler-Vorstand höchstens die übliche Erpressung „anbieten“, nämlich „Wir bauen etwas weniger Arbeitsplätze ab, dafür müssen aber alle anderen Arbeiter auch verzichten.“ Der Betriebsratsvorsitzende hat schon Bereitschaft signalisiert, über so einen Verzicht zu verhandeln.

Vier Tage nach der Belegschaftsversammlung legten 100 Arbeiter der Lackiererei spontan für eine Stunde die Arbeit nieder, auch um daran zu erinnern, dass ihre Forderung auch für die Leiharbeiter gilt. Und am 30. Septem-

Sich möglichst früh, möglichst massiv und entschlossen gegen die Angriffe von Daimler zu wehren, ist die einzige Chance der Arbeiter durchzusetzen, dass nicht sie, sondern der Daimler-Vorstand zurückstecken muss.

Lokführer:

Für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und Streikrecht

91% haben sich bei der Urabstimmung der Lokführer-Gewerkschaft (GDL) für Streiks entschieden. Sie fordern 5% mehr Lohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 39 auf 37 Stunden, als kleine Maßnahme gegen den wachsenden Stress. Denn durch den Personal-mangel haben sie mittlerweile unmögliche Schichtpläne und teils 10-Stunden-Tage – und das bei regelmäßiger Arbeit am Wochenende, für 2300 Euro netto im Monat.

Hintergrund des Streiks ist auch das geplante „Gesetz zur Tarifeinheit“. Die Bundesregierung will nämlich nur noch der größten Gewerkschaft in einem Betrieb erlauben, Tarifverhandlungen zu führen und zu Streiks aufzurufen. Dieses Gesetz würde es heute vor allem den Sondergewerkschaften bestimmter Berufsgruppen (Ärzte, Piloten, Fluglotsen, Lokführer) verbieten, zu streiken. Aber morgen schon könnte es alle Arbeitenden treffen. Denn es ist zum Beispiel durchaus denkbar, dass in einem kirchlichen Krankenhaus, einem

Discounter oder Händler wie Amazon der Unternehmer selber eine Gewerkschaft gründen lässt, die alle Verschlechterungen unterschreibt. Und wenn sich eine Minderheit an Arbeitenden dagegen eigenständig organisieren und wehren will, würde auch ihnen das neue Gesetz verbieten, zu streiken.

Die Regierung will das Streikrecht aller Arbeitenden noch weiter verstümmeln. Alle sollen nur noch einmal alle ein bis zwei Jahre und nur mit Zustimmung der größten Gewerkschaft streiken dürfen. Die Lokführer, die sich gegen dieses Gesetz wehren, streiken im Interesse aller Arbeitenden.

Die Führung der Lokführer-Gewerkschaft GDL verfolgt bei dem Streikaufruf allerdings ihre eigenen Ziele. Der GDL fällt es zunehmend schwerer, Mitglieder zu gewinnen. Über 40% sind bereits Rentner. Und deshalb versucht sie, ihren Einfluss künstlich zu steigern: Sie will durchsetzen, dass die GDL nicht nur für Lokführer, sondern auch

für vier weitere Berufsgruppen (zum Beispiel die Zugbegleiter) die Tarifverhandlungen führen darf, was bislang die andere Gewerkschaft EVG gemacht hat. Dabei wollen die meisten betroffenen Arbeiter das gar nicht, sie sind nämlich mehrheitlich in der EVG. Doch der GDL-Führung ist die Meinung der Kollegen egal.

Indem sie dieses Anliegen in die Streik-Verhandlungen mit hinein nimmt, bringt sie zwangsläufig alle anderen Beschäftigten der Bahn gegen den Streik der Lokführer auf und schadet ihm damit. Doch offensichtlich ist der GDL-Führung ihr eigenes Anliegen wichtiger als der Erfolg der Lokführer.

Umso mehr haben die Lokführer daher ein Interesse daran, ihre Forderungen – also höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und Streikrecht – in den Mittelpunkt zu stellen und dabei auf die anderen Kollegen zuzugehen. Denn je mehr Rückhalt ihr Streik bei den anderen Beschäftigten der Bahn findet, desto erfolgreicher kann er sein – für alle.

Merkels Kampfansage

Die ganzen letzten Jahre schon verschlechtert die Regierung die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Doch dabei haben sie heuchlerisch so getan, als würden sie Verbesserungen für uns umsetzen. Jetzt aber hat Merkel eine „Wende“ angekündigt. Sie hat erklärt, die Aussichten für die deutsche Wirtschaft würden schlechter. Und daher habe die Regierung jetzt keinen Cent mehr für „soziale Wohltaten“, wie sie sich auszudrücken wagt. Nicht einmal kleinste Maßnahmen wie ein Heizkostenzuschuss für Arbeiter mit Niedriglöhnen seien denkbar. „Soziale Wohltaten“ soll es jetzt ausschließlich für Unternehmen und Reiche geben. Was Merkel hier macht, ist eine Kampfansage, auf die wir uns vorbereiten müssen: Sie kündigt an, dass sie noch brutaler die Lebensbedingungen der Arbeitenden angreifen werden, um die Profite der Kapitalisten zu sichern. Und dass sie damit nicht aufhören werden... solange nicht, bis auch wir Arbeitenden den Kampf wieder aufnehmen und uns gegen ihre Angriffe entschlossen zur Wehr setzen.

Obst im Angebot?

Weil die Ernte gut war, und weil Russland kein Obst und Gemüse aus Europa mehr importiert, hätte es dieses Jahr viel mehr Obst und Gemüse auf dem Markt geben müssen – eigentlich. Die Preise für Obst und Gemüse, die in den letzten Jahren zum Teil um 30% gestiegen sind, hätten dadurch für uns endlich mal fallen müssen – eigentlich. Doch das konnte man ja nicht zulassen. Und so hat die EU 125 Millionen Euro an Subventionen locker gemacht, damit die Obst- und Gemüseproduzenten einen Teil ihrer Ernte vernichten und das Angebot „knapper“ wird. Damit Rewe, Lidl, Aldi und Co. uns das Obst und Gemüse auch weiter teuer verkaufen und saftige Gewinne einstreichen können...

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Sie verstehen nur unsere Wut(ausbrüche)

10 Bauarbeiter haben am 6. September auf einer Baustelle in Istanbul ihr Leben verloren: Ein abstürzender Fahrstuhl hatte sie getötet, dessen Sicherungssystem schon zwei Monate kaputt war. Doch die Baufirma hatte ihn trotzdem einfach weiterbenutzt. Zwei Tage später traten 3.000 Bauarbeiter auf einer Baustelle bei Istanbul in den Streik und blockierten eine Stunde lang den Autobahnring. Der Auslöser waren Würmer, die mehrere Arbeiter in ihrem Essen entdeckten. Doch im Grunde explodierte die Wut über die ganze Verachtung, mit der die Bosse ihnen begegnen: bei der Hygie-

ne, der Sicherheit, den Löhnen... Der Streik war illegal. Und doch haben weder die Bosse noch die Regierung mit ihrer üblichen Brutalität reagiert. Offensichtlich hatten sie Angst, dass es nicht bei dem spontanen Wutausbruch auf der einen Baustelle bleiben könnte. Und so haben sie den Arbeitern fast alle ihre Forderungen sofort erfüllt: die Einrichtung eines Komitees aus 10 Arbeitern, das zusammen mit einem Rechtsanwalt die Sicherheitsbedingungen auf der Baustelle überwachen darf, die pünktliche Bezahlung aller Löhne sowie die Verbesserung des Essens und der Unterkünfte auf der Baustelle.

Ebola: Geld zum Töten ist da, Geld zum Heilen nicht

Über 3300 Menschen haben durch Ebola in Afrika bereits ihr Leben verloren. Zehntausende weitere drohen dem tödlichen Virus zum Opfer zu fallen, gegen das es bislang weder Impfstoff noch Medikamente gibt. Umso wichtiger wäre es, alles zu tun, um schnell die Ausbreitung der Epidemie zu verhindern.



Ein „Krankenhaus“ zur Behandlung von Ebola

Doch dafür braucht man Krankenhäuser, Isolierstationen und Nahrungsmittel. Man braucht Menschen, die in den Dörfern die Botschaft verbreiten, dass bereits das Händewaschen mit Desinfektionsmittel die Ausbreitung der Krankheit eindämmen kann... und man braucht das Desinfektionsmittel dazu.

All das jedoch gibt es in diesen ärmsten Ländern nicht, es müsste nach Afrika gebracht werden. Eine Milliarde Dollar wären daher nach Ansicht aller Experten nötig, um zu verhindern, dass die Epidemie zu einer Katastrophe für den halben Kontinent wird. Und die reichen Staaten

haben auch alle in großen Reden Unterstützung zugesagt. Doch noch immer wartet Afrika vergeblich auf das versprochene Geld.

Eine Milliarde Dollar, diese Summe ist nichts! Sie entspricht exakt dem, was die USA an einem halben Tag (!) für ihre Armee ausgibt. Es ist weniger, als bislang nur für die Bombardierungen im Irak und Syrien ausgegeben wurde. Und trotzdem: Für den Kampf gegen Ebola ist das Geld „nicht da“.

Ja, trotz aller Alarmglocken von Experten und Hilfsorganisationen reagieren alle imperialistischen Staaten seit Ausbruch der Epidemie vor einem halben Jahr mit völliger Gleichgültigkeit. Das einzige, was die USA nach monatelangem Warten getan hat, ist 3.000 Soldaten nach Afrika zu schicken. Und die deutsche Regierung? Während sie sofort Waffen im Wert von 75 Millionen Euro in den Irak geschickt hat, schickt sie nach Afrika erst jetzt ein paar wenige Hilfsgüter sowie... ein einziges mobiles Krankenhaus und einige Ärzte und Krankenschwestern.

Mit ihrer Gleichgültigkeit entlarven die Regierungen auch, wie wenig es ihnen beim derzeitigen Krieg im Irak und in Syrien um den Schutz der Zivilbevölkerung geht. Hier in Afrika nämlich, wo sie tatsächlich mit wenigen Mitteln zehntausenden Menschen das Leben retten könnten, greifen sie nicht ein. Aber schließlich gibt es hier ja auch keine Ölquellen zu verteidigen.